



öffentlich

Betreff:
Zisternen zur Regenwasserspeicherung

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 05.01.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

27.01.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf den Grundstücken welcher städtischen Einrichtungen Zisternen zur Speicherung von Regenwasser gebaut werden können und wie diese Baumaßnahmen in die mittel- und langfristigen Planungen des Kommunalen Immobilienservice einbezogen werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im September 2021 über den Sachstand informiert werden.

Katharina Tietz und Christian Kube
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Durch den fortschreitenden Klimawandel nehmen gerade auch in der Region Brandenburg extreme Witterungsereignisse wie lange Trockenperioden und Starkregen zu. Die Grundwasserspiegel sinken. Oberflächengewässer trocknen aus. Regenwasser kann bei Starkregen häufig nicht mehr versickern oder durch die Kanalisation aufgefangen werden und fließt zu einem erheblichen Teil über die Flüsse aus der Region ab.

Durch den Bau von Zisternen kann ein Teil des Niederschlagswassers aufgefangen und später für die Bewässerung von Grünanlagen, Parks oder Biotopen genutzt werden.

Mit dem Prüfauftrag soll erreicht werden, dass die Landeshauptstadt Potsdam mittel- und langfristig ihre Kapazitäten zur Regenwasserspeicherung erweitert.

Ein nachhaltiger Umgang mit den städtischen Wasserressourcen entspricht auch dem Klimanotstandsbeschluss, den die Stadtverordnetenversammlung zum Auftakt der Legislaturperiode gefasst hat.